



Niederschrift

52. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 08.06.2011
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:03 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE
Frau Hannelore Knoblich	SPD
Herr Mike Schubert	SPD
Herr Claus Wartenberg	SPD
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW
Herr Michael Schröder	CDU/ANW
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP
Frau Anja Heigl	Die Andere
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	DIE LINKE
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis

Gäste:

Herr Exner, Bürgermeister und Beigeordneter GB 1
Frau Elona Müller-Preinesberger, Beigeordnete GB 3
Herr Klipp, Beigeordneter GB 4
Frau Dr. Seemann, i.V. für GB 2
Frau Schaefer, Leiterin der Transparenzkommission
Frau Dr. Sommer, Bereich Öffentlichkeitsarbeit/Marketing
Herr Weiberlenn, GB 2, Schulentwicklungsplanung
Herr Böhme und Herr Neumann, EWP

Schriftführerin: Frau Gereit Dyllick

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
25. Mai 2011
- 3 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses
- 4 Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe
Vorlage: 10/SVV/1054
Fraktion DIE LINKE
- 5 Workshop Kommunalpolitiker
Vorlage: 11/SVV/0342
Fraktion FDP
- 6 Änderung der Hauptsatzung - Aktives Teilnahmerecht in den Ausschüssen
Vorlage: 11/SVV/0334
Fraktion FDP
- 7 Verstärkte Pressearbeit zur Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte
Vorlage: 11/SVV/0344
Fraktion FDP
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Keine Beeinträchtigung des Kulturstandortes Schiffbauergasse - rechtliche
Stellungnahme dazu
gemäß Beschluss: 11/SVV/0243
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, insbesondere die neuen Mitglieder des Hauptausschusses.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /

Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25. Mai 2011

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 14 Ausschussmitglieder und 2 stellvertretende Ausschussmitglieder anwesend.

Zur Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung des Hauptausschusses wird von ihm vorgetragen, dass entsprechend Nachtragstagesordnung unter TOP 3 die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses erfolgen solle. Dies vor dem Hintergrund der Neubesetzung des Hauptausschusses; die neuen Mitglieder des Hauptausschusses waren an der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden nicht beteiligt, insofern müsse der Stellvertreter neu gewählt werden.

Der Oberbürgermeister schlägt weiter vor, den TOP 4 – Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe – bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 29.06.2011 zurückzustellen. Zur Sitzung werde eine Mitteilungsvorlage mit dem Stand der Kommunalen Immobilienverkäufe vorgelegt, so dass man die Vorlage 10/SVV/1054 dann in diesem Zusammenhang behandeln kann. Der TOP 5 – Workshop Kommunalpolitiker, Vorlage: 11/SVV/0342 sollte auch zurückgestellt werden, da im Finanzausschuss zurückgestellt.

Des Weiteren schlägt er vor, den TOP 8.1. – Keine Beeinträchtigung des Kulturstandortes Schiffbauergasse – rechtliche Stellungnahme dazu gemäß Beschluss 11/SVV/0243 – zurückzustellen. Der TOP soll nach vorheriger schriftlicher Ausreichung der Stellungnahme zunächst im Kulturausschuss und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen behandelt werden.

Unter Mitteilungen der Verwaltung schlägt der Oberbürgermeister unter TOP 8.2. die Berichterstattung aus der Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern am 7. Juni 2011 vor.

Unter dem TOP Sonstiges schlägt der Oberbürgermeister eine Information zur Zeitschiene Transparenzkommission vor; Frau Schaefer sei dazu anwesend.

Der Oberbürgermeister fragt nach, ob es weitere Änderungsvorschläge gibt. Dies ist nicht der Fall.

Der Oberbürgermeister stellt die Tagesordnung mit den vorgenannten Änderungen zur Abstimmung.

Der geänderten Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung des Hauptausschusses wird einstimmig zugestimmt.

Der Oberbürgermeister fragt nach, ob es **Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25. Mai 2011** gibt.

Herr Kirsch habe eingewendet, dass er auf der Anwesenheitsliste nicht angeführt sei, obwohl er anwesend gewesen sei. Dies werde natürlich korrigiert.

Der Oberbürgermeister stellt die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Hauptausschusses vom 25. Mai 2011 zur Abstimmung.

Der Niederschrift wird mit 4 Stimmenthaltungen zugestimmt.

zu 3 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses

Der Oberbürgermeister stellt die Frage, ob es namentliche Vorschläge für die Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses gibt und schlägt Herrn Michael Schröder vor.

Weitere Vorschläge gibt es nicht.

Der Oberbürgermeister und Vorsitzende des Hauptausschusses weist darauf hin, dass gemäß § 39 Abs. 1 Satz 6 der BbgKVerf. abweichend von der geheimen Wahl einstimmig eine offene Abstimmung beschlossen werden kann und stellt einen entsprechenden Antrag.

Dieser wird einstimmig beschlossen.

Danach erfolgt die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden in offener Wahl mit folgendem Ergebnis:

Für Herrn Schröder haben 11 Mitglieder mit JA gestimmt. 3 Mitglieder haben mit NEIN gestimmt und 2 haben sich der Stimme enthalten.

Damit ist Herr Michael Schröder zum stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses gewählt.

zu 4 Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe

Vorlage: 10/SVV/1054

Fraktion DIE LINKE

Vertagt > Wiedervorlage: Hauptausschuss am 29. Juni 2011

zu 5 Workshop Kommunalpolitiker

Vorlage: 11/SVV/0342

Fraktion FDP

Vertagt > Wiedervorlage: Hauptausschuss am 29. Juni 2011

zu 6 Änderung der Hauptsatzung - Aktives Teilnahmerecht in den Ausschüssen

Vorlage: 11/SVV/0334

Fraktion FDP

Frau Engel-Fürstberger legt nochmals die Intention des Antrages dar. Wie sie u.a. ausführt, können sich mit dem Urteil des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg hinsichtlich der Fraktionsmindeststärke sowohl mehr als auch kleinere Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung bilden. Nach derzeitiger Beschlusslage haben diese Mitglieder kein Stimmrecht. Um die Mitwirkung aller Fraktionen dennoch zu ermöglichen, sollte es jeder Fraktion möglich sein, mit aktivem Teilnahmerecht in den Ausschüssen mitzuarbeiten. Frau Engel-Fürstberger ist der Auffassung, dass dies angebracht und geboten sei, da dies

andererseits für die Fraktionen entwürdigend sei.

Der Oberbürgermeister konstatiert, die Fraktionen können zwar einen Vertreter in die Ausschüsse entsenden, der auch ein Rederecht hat, jedoch kein Antragsrecht. Das bedeute aber nicht, dass der Vertreter noch jemanden mitnehmen kann; es gehe hier um ein zusätzliches Mitglied.

Der Oberbürgermeister fragt nach, ob derjenige ein Antragsrecht habe.

Herr Exner äußert dazu, dass das aktive Teilnahmerecht auch ein Antragsrecht beinhalte.

Herr Heuer verweist in seinen Ausführungen insbesondere darauf, dass man etwas beschließen solle, was ohnehin schon gängige Praxis sei.

Herr Exner weist darauf hin, dass es formal richtig heißen müsse „Zweite Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam gemäß beigefügtem Wortlaut.“

Der Oberbürgermeister bittet Herrn Exner, Frau Engel-Fürstberger die korrekte Formulierung zukommen zu lassen.

Herr Dr. Scharfenberg führt u.a. aus, dass der Antrag zu einem Zeitpunkt zustande gekommen ist, als man noch nicht wusste, wie man mit der neuen Situation aus dem Urteil des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg umgehen solle; insoweit sei eine solche Überlegung naheliegend gewesen. Er sei froh, dass es keine Diskussion zu einer möglichen Überlastung der Ausschüsse und alles, was daraus entstehen könnte, gibt. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass alle Fraktionen formal die Möglichkeit haben in allen Ausschüssen zu sprechen und auch Anträge einzubringen. Dies sei bislang nicht Usus gewesen. Über diese Konsequenz müsse man sich im Klaren sein; er könne damit leben.

Herr Mike Schubert hat die Regelung nicht so verstanden, sondern nur da, wo eine Fraktion nicht vertreten ist, habe diese Fraktion ein Rede- und ein Antragsrecht.

Es wird richtig gestellt, dass es um die Fraktionen gehe, die keinen Sitz in einem Ausschuss haben.

Frau Engel-Fürstberger weist u.a. darauf hin, dass es den kleinen Fraktionen natürlich nicht möglich sei, einen Vertreter in alle Ausschüsse zu entsenden, von daher gehe es hier darum, dass das aktive Teilnahmerecht gewährt wird.

Frau Dr. Sigrig Müller empfiehlt die Benennung eines ordentlichen Mitgliedes und eines Stellvertreters Fraktionen für die Ausschüsse.

Der Oberbürgermeister spricht sich dafür aus, dass das aktive Teilnahmerecht von den Fraktionsmitgliedern bzw. von Stadtverordneten wahrgenommen wird.

Frau Knoblich führt an, dass aus dem Antrag nicht eindeutig hervorgehe, ob irgendjemand in irgendwelche Ausschüsse entsendet werden solle bzw. ob eine namentliche Benennung erfolgen solle.

Herr Heuer verweist darauf, dass der Antrag wortgleich sei mit dem Abs. 3 des § 43 BbgKVerf., der die Entsendung ein zusätzlichen Mitgliedes mit aktivem Teilnahmerecht vorsehe.

Herr Schüler weist darauf hin, dass die Fraktionen das Recht haben, ein Ausschussmitglied zu benennen; sie könne jedoch auch jeder Zeit ein anderes Mitglied benennen; dies bedürfe nicht der Bestätigung durch die StVV. Insoweit könne man nicht verhindern, wenn eine Fraktion mal den einen und mal den anderen entsendet. Damit müsse man klarkommen. Dies gelte auch für Ausschussmitglieder mit Stimmrecht.

Frau Birgit Müller widerspricht dem; sie sei auch einmal als stellvertretendes Mitglied entsandt worden und dies sei nicht anerkannt worden.

Herr Schüler merkt an, dass dies ein Fehler gewesen sei.

Frau Engel-Fürstberger führt aus, dass man bei Frau Ziegenbein eine Klärung beantragt habe, ob es tatsächlich so ist, dass die Fraktion jederzeit ein anderes Mitglied entsenden kann. Ihres Erachtens sei es sinnvoll, jemanden zu benennen, auch um einen Ansprechpartner zu haben.

Der Oberbürgermeister stellt den vorliegenden Antrag mit der von Herrn Exner genannten korrekten Formulierung: „Zweite Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam gemäß beigefügtem Wortlaut:“ ... zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Zweite Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam gemäß beigefügtem Wortlaut:

§ 14 Absatz 1 der Hauptsatzung wird nach dem ersten Satz wie folgt ergänzt:

Die Verteilung der Sitze der Ausschüsse richtet sich nach § 43 BbgKVerf. Fraktionen, auf die kein Sitz entfallen ist, sind berechtigt, ein zusätzliches Mitglied mit aktivem Teilnahmerecht in die Ausschüsse zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 7 Verstärkte Pressearbeit zur Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte
Vorlage: 11/SVV/0344
Fraktion FDP

Frau Engel-Fürstberger legt nochmals das Ansinnen des Antrages dar. Wie sie u.a. ausführt, sei die Bedeutung der Potsdamer Mitte etwas Einmaliges. Der Wiederaufbau des Stadtschlusses und diverser Leitbauten seien für die Entwicklung und Vermarktung Potsdam ein besonderes Merkmal, welches zur Steigerung der Standortattraktivität noch intensiver als bisher kommuniziert werden müsse. Auch für künftige Grundstücksverkäufe der Stadt in Potsdams Mitte könne eine stärkere Werbung nur von Vorteil sein. Dieser Prozess müsse kontinuierlich fortgeführt werden, damit Potsdam an Stellenwert gewinne.

Herr Kirsch macht in seinen Ausführungen deutlich, dass wirkliche Interessenten Potsdam kennen und sich längst über die Qualität von Potsdam informiert haben.

Herr Klipp führt hinsichtlich der Gewinnung von Bauherren in der Potsdamer Mitte

u.a. aus, dass man viele Bauherren persönlich angesprochen habe. Er verweist darauf, dass sich die Aufgaben bei den weiteren Baufeldern verändern werden. Man werde kleinteiliger werden; es werde eine andere Bauherrenschaft geben. Insoweit plädiert er dafür, „das Fell des Bären erst dann zu verteilen“, wenn man es geschafft habe, für die ersten beiden Baufelder Bauherren zu gewinnen. Dann werde man die Marketingstrategie umstellen; dies sei auch insoweit wirkungsvoller, wenn der Landtagsneubau und das Palais Barberini zu sehen sind. Ansonsten mache man weiter mit der Expo Real und mit platzierten Artikeln in den Fachzeitschriften.

Frau Dr. Sommer führt weiter aus, dass das Thema Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte seit der Definition der Potsdamer Mitte als Sanierungsgebiet ein Schwerpunkt der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landeshauptstadt Potsdam sei. Informationen über die Potsdamer Mitte sind Bestandteil aller Publikationen der Stadt und auch in der elektronischen Stadtführung itour sowie in den Führungen per Handy enthalten. Dabei werden die konkreten Maßnahmen von unterschiedlichen Akteuren getragen. Entsprechend der Zuständigkeit für das Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte ist der Sanierungsträger Potsdam für bestimmte Aspekte der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Hierzu zählen öffentliche Veranstaltungen sowie Pressekonferenzen und Pressemitteilungen zu einzelnen Bauabschnitten, die Dokumentation der Entwicklung, die Information der Öffentlichkeit vor Ort sowie ausgewählte Publikationen.

In Verantwortung des Bereiches Marketing/Kommunikation wird seit 2008 in Kooperation mit dem Sanierungsträger Potsdam sowie Akteuren im Sanierungsgebiet jedes Jahr ein Faltblatt zum Baugeschehen in der Potsdamer Mitte aufgelegt und an alle Haushalte verteilt. Seit 2009 erscheint das Faltblatt in einer englischen Version, um auch Touristen über die Vorhaben zu informieren. Die Auflage des Faltblattes ist seit 2008 kontinuierlich gestiegen – von 90.000 im Jahr 2009 auf 120.000 im Jahr 2011.

Parallel zur ersten Auflage des Faltblattes wurden spezielle touristische Touren für die Potsdamer Mitte aufgelegt, die der Potsdam Tourismus Service (PTS) im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam jeweils von April bis Oktober anbietet. Die Stadtführer des Potsdam Tourismus Service und der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten werden jedes Jahr im Rahmen einer Schulung über die aktuelle Entwicklung in der Potsdamer Mitte geschult, um die Gäste der Stadt kompetent über die Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte informieren zu können. Seit 2007 gibt es ein Faltblatt zum Thema „Gemeinsam für die Potsdamer Mitte“ mit einer Neuauflage im Jahre 2009, in dem die wichtigsten Vorhaben in der Potsdamer Mitte mit den jeweiligen Ansprechpartnern dargestellt werden. Hier sind auch Spendenkontonummern angegeben. Das Faltblatt liegt auch in englischer Sprache vor und wird derzeit für eine aktualisierte Nachauflage vorbereitet.

Im April 2009 wurde in Regie der Landeshauptstadt Potsdam die Veranstaltungsreihe „Potsdamer Mitte im Dialog“ konzipiert, seit 2010 ist die Fachhochschule Potsdam in dieses Format eingebunden.

Die Zuständigkeit für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für den Landtagsneubau sowie den Neubau der Synagoge liegt beim Landtag Brandenburg bzw. dem Ministerium der Finanzen.

In der Schaustelle auf dem Alten Markt liegen auch die von der Landeshauptstadt Potsdam produzierten Faltblätter aus.

Bezüglich öffentlich wirksamer Veranstaltungen gibt es eine Abstimmung zwischen dem Landtag, dem Ministerium der Finanzen und der Landeshauptstadt Potsdam.

Frau Engel-Fürstberger äußert dazu, dass die genannten Aktivitäten eine begrenzte Reichweite haben und sie stellt die Frage, was gemacht werde, um die

überregionale Presse zu erreichen.

Der Oberbürgermeister merkt u.a. an, dass man seines Erachtens zwischen den unterschiedlichsten Adressanten unterscheiden müsse. Die einen erreiche man über die Expo Real, d.h. das Publikum der Immobilienmesse in München. Der andere Aspekt, sei der Tourismus; hier gebe es feste Angebote, auf die man regelmäßig aufmerksam machen müsse; es gebe die Auftritte der LHP auf der Tourismusbörse; all dies seien fortlaufende Aufgaben, die jedoch am Ende eine andere Qualität haben, wenn die Objekte sichtbar werden.

Frau Dr. Sommer ergänzt, dass die Informationsveranstaltung in Regie des Landtages am 20. Juni 2011 im Schaufenster der Fachhochschule stattfinde. Des Weiteren gebe es das Aktionswochenende zur Gestaltung des Bauzaunes vom 5. bis 7. August 2011. Frau Dr. Sommer betont, dass die Presse konkrete aktuelle Anlässe brauche, um über die Potsdamer Mitte zu berichten. Die überregionalen Medien seien in den Presseverteilern enthalten.

Nach Auffassung von Herrn Dr. Scharfenberg ist der formulierte Antrag nicht zu untersetzen; werden „offene Türen eingerannt“. Seines Erachtens gebe es das Defizit einer angemessenen öffentlichen Begleitung bei der Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte nicht. Herr Dr. Scharfenberg freut, dass die Informationsveranstaltung in Regie des Landtages am 20. Juni 2011 im Schaufenster der Fachhochschule endlich stattfindet. Für ihn stelle sich eher die Frage, wenn man in die Phase komme, dass der Landtag zu sehen ist, was man für neue Wirkungen erreichen wolle. Darum sei der Dialog wichtig und hier müsse man im Gespräch bleiben.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass die Informationsveranstaltung in Regie des Landtages am 20. Juni 2011 im Schaufenster der Fachhochschule keine Einzelveranstaltung bleiben werde.

Der Oberbürgermeister wirft die Frage auf, ob der Antrag notwendig ist.

Frau Engel-Fürstberger möchte die Reichweite definiert wissen.

Herr Mike Schubert schlägt vor, sich darauf zu verständigen, dass der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist. Frau Engel-Fürstberger habe die Möglichkeit, jederzeit z.B. über Anfragen immer wieder nachzufragen. Frau Engel-Fürstberger geht es um das Überregionale; sie hält den Antrag aufrecht.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte durch intensive Presseaktivitäten und andere geeignete Maßnahmen mindestens deutschlandweit bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 11

Stimmenthaltung: 3

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 8.1 Keine Beeinträchtigung des Kulturstandortes Schiffbauergasse - rechtliche
Stellungnahme dazu
gemäß Beschluss: 11/SVV/0243**

Vertagt

Wiedervorlage: Hauptausschuss am 29. Juni 2011

**zu 8.2. Berichterstattung zur Beratung des Oberbürgermeisters mit den
Ortsvorstehern am 7. Juni 2011**

Wie Herr Kümmel ausführt, war die Beratung mit den Ortsvorstehern die erste nach der neu verabredeten Verfahrensweise. Der Geschäftsbereich 4 berichtete zu folgenden Themen:

1. Einzelhandelskonzept, vor allem in Bezug auf Neu Fahrland.
2. Winterdienst in Vorbereitung des Winters 2011/2012, vor allem in Bezug auf die Räumung von Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften.
3. Anstehende Investitionsvorhaben in den Ortsteilen, vor allem Tiefbaumaßnahmen.
4. Parkplatzprobleme um die Heinrich-Heine-Klinik; hierzu müssen sich GB 3 und GB 4 gemeinsam mit dem Ortsbeirat verständigen.
5. Hochspannungsleitung, zu der die Stadt dem Land Alternativtrassen vorgeschlagen hat.
6. Zuwegung zum Obstgut Marquardt, wobei hier deutlich wurde, dass die Stadt nicht Bauherr an der B 273 ist und daher nur vermittelnd an den Landesbetrieb Straßenwesen herantreten kann.
7. Zum „Schwarzen Weg“ in Grube, der durch eine Baumaßnahme des Landesbetriebes Straßenwesen von der Hauptstraße abgekoppelt wurde.

Darüber hinaus berichtete Herr Schmäh vom GB 3 über die Beschlüsse der Fluglärmkommission und die erwarteten Auswirkungen auf Potsdam bei der Eröffnung des neuen Flughafens BBI und bei der Schließung von Tegel 2012.

Außerdem wurde verabredet, dass den Ortsvorstehern ein neuer statistischer Bericht über ihre Ortsteile zusammengestellt wird und, dass an das Rechtsamt herangetreten werde mit der Frage, wie Ortsbeiräte ihre Rechte laut Kommunalverfassung und städtischer Hauptsatzung durchsetzen können.

Die nächste Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern, in welcher der GB 3 Berichterstatter sein werde, findet am 6. September 2011 statt.

zu 9 Sonstiges

zu 9.1. Information Zeitschiene Transparenzkommission

Wie der Oberbürgermeister kurz ausführt, sei in der StVV am 1. Juni die Einsetzung einer Transparenzkommission beschlossen worden. In diesem Zusammenhang sei gesagt worden, dass am 27. Juni 2011 eine konstituierende Sitzung stattfindet, in der Verfahrensregeln erläutert werden sollen.

Der Oberbürgermeister bittet Frau Schaefer, über den aktuellen Stand zu informieren.

Wie Frau Schaefer, als Leiterin der Transparenzkommission, u.a. ausführt, habe sie ihre Arbeit aufgenommen. Die konstituierende Sitzung der Transparenzkommission solle nunmehr am 21. Juni 2011, 18.00 Uhr, stattfinden. Die Einladungen seien versandt worden. In der nächsten Woche werde die Tagesordnung versandt. Es werde einen Vorschlag einer Geschäftsordnung, einen Entwurf einer Verschwiegenheitserklärung und einen Entwurf eines Interessenkonfliktchecks geben. Dieses werde den Mitgliedern in der nächsten Woche vorliegen. In der konstituierenden Sitzung müssen dann erst einmal die Arbeitspakete beschlossen werden. Die Geschäftsordnung solle in der StVV am 27. Juni 2011 vorgestellt werden.

Dem Oberbürgermeister ist bekannt geworden, dass es Probleme hinsichtlich des Termins der konstituierenden Sitzung am 21.06.2011 gibt.

Frau Engel-Fürstberger verweist darauf, dass am 21. Juni 2011 der Ausschuss für Bildung und Sport und der Ausschuss für Gesundheit und Soziales tage. Darum wollte man gern jemanden Externen vorschlagen.

Frau Heigl fragt nach, ob es möglich wäre, einen Stellvertreter zu schicken, neben dem, der eigentlich benannt wurde.

Herr Mike Schubert äußert dazu, dass die Fraktion der SPD nachgefragt habe und es sei gesagt worden, dass man einen Stellvertreter benennen könne.

Frau Schaefer ist der Auffassung, dass natürlich ein Stellvertreter benannt werden könne, diese/r sollte jedoch ein ständiges Mitglied bzw. als Vertreter benannt sein.

Der Oberbürgermeister bittet darum, dass die Fraktionen ein reguläres Mitglied und einen Stellvertreter benennen. Der Termin der konstituierenden Sitzung der Transparenzkommission 21. Juni 2011, 18.00 Uhr bleibe bestehen.

Weitere Punkte:

9.2.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach dem aktuellen Stand Kaufhalle Zentrum-Ost.

Herr Klipp führt dazu aus, dass alle Schwierigkeiten beseitigt seien, für die Interimslösung wie auch für den Ersatzbau gebe es „grünes Licht“.

9.3.

Herr Dr. Scharfenberg nimmt Bezug auf die Einwohnerfragestunde in der StVV 2. März 2011; hier habe es eine Frage des Universitätssportvereins Potsdam e.V./Seglerabteilung betreffend den Sportbetrieb (Verkauf von Teilflächen) gegeben; bislang habe der Verein noch keine Antwort erhalten. Er bittet darum, dass dem Anliegen nachgegangen wird.

Der Oberbürgermeister sagt dies zu.

9.4.

Herr Schüler richtet die Frage an Herrn Klipp, ob es eine Baugenehmigung für das Boardinghaus gebe.

Herr Klipp antwortet, dass es natürlich eine Baugenehmigung für das

Boardinghaus gebe.

9.5.

Frau Engel-Fürstberger erinnert daran, dass Herr Jetschmanegg bezüglich der Umstrukturierung des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit/Marketing ein Organigramm zugesagt habe. Sie bittet darum, dass dies nachgeholt werde.